



Nr. 447 | 28.03.2024

Russland-Analysen

Annektierte Gebiete

■ ANALYSE		
Zehn Jahre russische Annexion: Die aktuelle Lage auf der Krim		2
Von Sebastian Cwiklinski (Freie Universität Berlin)		
■ ANALYSE		
Die Lage im annektierten Donbas zwei Jahre nach dem 24. Februar 2022		6
Von Nikolaus von Twickel (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)		
■ UMFRAGEN		
Einstellung der Bevölkerung zur Krim und dem Krieg gegen die Ukraine		11
<hr/>		
■ CHRONIK		
14. Februar – 10. März 2024		12

Zehn Jahre russische Annexion: Die aktuelle Lage auf der Krim

Von Sebastian Cwiklinski (Freie Universität Berlin)

DOI: 10.31205/RA.447.01

Zusammenfassung

Am 18. März 2014 annektierte Russland die ukrainische Halbinsel Krim, was weitreichende Folgen hatte: Die Menschenrechtslage auf der Halbinsel verschlechterte sich seitdem erheblich, das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde faktisch abgeschafft, die ukrainische und die krimtatarische Kultur gerieten unter erheblichen Druck. Durch infrastrukturelle, bevölkerungspolitische und administrative Maßnahmen versuchte Russland, die Krim zu einem Teil ihres Landes zu machen, so wurde die Halbinsel etwa mit einer Brücke über die Straße von Kertsch mit dem russischen Festland verbunden. In der Rückschau müssen viele der Maßnahmen zur Eingliederung der Krim in Russland als Vorbereitung auf den großangelegten Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 und die Annexion selbst als Auftakt des seit zehn Jahren andauernden russischen Krieges gegen die Ukraine gewertet werden.

Vorgeschichte und Annexion

Vor zehn Jahren, am 18. März 2014, annektierte Russland die Halbinsel Krim. Wie bei den meisten historischen Ereignissen gibt es auch hier eine Vorgeschichte, die weit zurückreicht: Die Krim war vom 15. bis ins 18. Jahrhundert hinein Sitz des Khanats der Krim, eines Reiches mit mehrheitlich turksprachiger und muslimischer Bevölkerung, das unter immer stärkere Kontrolle des Osmanischen Reiches kam, ehe es 1783 nach dem Russisch-Türkischen Krieg von der russischen Zarin Katharina der Großen annektiert und somit Teil des Russischen Reiches wurde. Im Krimkrieg Mitte des 19. Jahrhunderts wurde ein großer Teil der muslimischen Krimtataren vertrieben und siedelte sich im Osmanischen Reich an. 1944 wurden fast sämtliche Angehörigen des Turkvolks der Krimtataren sowie weitere nationale Minderheiten von Stalin unter dem Vorwurf der Kollaboration mit den deutschen Besatzern kollektiv nach Mittelasien unter brutalsten Bedingungen deportiert, wobei fast die Hälfte des Volkes umkam. Aus Mittelasien konnten die Krimtataren erst seit 1988 wieder zurückkehren. 1954 wurde die Krim, die bis dahin Teil der Russischen Sowjetrepublik gewesen war, Teil der Ukraine und erlangte nach der ukrainischen Unabhängigkeit einen Sonderstatus. Grund für Russlands Interesse an der Krim ist vor allem der Hafen für seine Schwarzmeerflotte in Sewastopol, der dann auch den Grund für einen auf mehr als zwanzig Jahre angelegten Pachtvertrag zwischen der Ukraine und Russland darstellte. Auch aufgrund der russischen Ansprüche auf diese Stadt legte die Ukraine 1996 in ihrer Verfassung fest, dass Sewastopol eine eigene Verwaltungseinheit darstellt, direkt der Zentralregierung untersteht und nicht Teil der Autonomen Republik Krim ist. Formal gesehen handelt es sich deshalb bei der russischen Annexion der Krim 2014 um die illegale Aneignung sowohl der Autonomen Republik Krim als auch der

Stadt Sewastopol; aus praktischen Gründen wird im Folgenden jedoch von der Annexion der Krim gesprochen.

Die Annexion selbst verlief nach einem bekannten Schema: Zunächst tauchten Ende Februar 2014 plötzlich an strategisch wichtigen Punkten auf der Halbinsel »grüne Männchen« auf, schwer bewaffnete russische Soldaten in grünen Uniformen, aber ohne Hoheitsabzeichen. Anschließend wurde das Parlament der Autonomen Republik Krim in einer handstreichartigen Aktion besetzt und mit mehrheitlich separatistisch eingestellten Abgeordneten bestückt. Am 16. März wurde dann ein Scheinreferendum abgehalten, dessen Durchführung sämtlichen demokratischen Standards widersprach und das gewünschte Ergebnis einer 97-prozentigen Zustimmung zur »Unabhängigkeit« erbrachte. Der anschließende »Beitritt« der »unabhängigen« Krim zur Russischen Föderation am 18. März war dann nur noch eine Formsache. Die Wertung und Verurteilung dieser Ereignisse durch die internationale Gemeinschaft als illegale Annexion und Bruch des Völkerrechts war einhellig; vielfältige Sanktionen gegen Russland waren die Folge.

Folgen der Annexion

Unmittelbar nach der Annexion leitete Russland rechtliche, administrative, politische, bevölkerungspolitische und infrastrukturelle Schritte ein, um die Welt durch die Schaffung von Fakten vor vollendete Tatsachen zu stellen und die annektierte Krim de facto zu einem Teil der Russischen Föderation zu machen. Einzelnen Subjekten der Russischen Föderation wurde dabei die Aufgabe übertragen, Patenschaften für Städte und Regionen auf der Krim zu übernehmen, und viele, auch regionale Institutionen Russlands weiteten ihre Aktivitäten nun auf die Krim aus. So gründete etwa noch 2014 das staatliche Institut für Geschichte der russischen Teilrepublik Tatarstan in der Stadt Bachtschyssaraj mit dem Wissenschaftlichen Zentrum der Krim (Krymskij

Nautschnyj Tsentr) eine eigene Filiale auf der Halbinsel, die sich mit der Geschichte der Krimtataren beschäftigt, und es ist auch kein Zufall, dass das Institut nun an einer fünfbändigen Geschichte der Krimtataren arbeitet, deren über tausend Seiten umfassender dritter Band 2021 erschienen ist.

Da die Landverbindung zur Krim ausschließlich über ukrainisches Staatsgebiet führt und die Ukraine im Dezember 2014 sämtliche Verkehrslinien zur Halbinsel sperrte, begann Russland mit konkreten Planungen, die Halbinsel auch über das russische Festland erreichbar zu machen, und zwar über eine mehr als 18 Kilometer lange Brücke über die Straße von Kertsch. Die Brücke wurde im Mai 2018 für den Auto- und im Dezember 2019 auch für den Eisenbahnverkehr eröffnet, in beiden Fällen mit symbolischen Handlungen durch Wladimir Putin. Da die staatliche russische Eisenbahngesellschaft bei einer Ausweitung ihrer Aktivitäten auf die Krim internationale Sanktionen befürchtete, wurde der Betrieb der Bahn über die Brücke von Kertsch einer nominell privaten Gesellschaft übertragen. Eine parallele Entwicklung lässt sich auch bei der Wasserversorgung beobachten. Bis zur Annexion 2014 erhielt die Krim einen Großteil ihres Trinkwassers vom ukrainischen Festland über den 1975 fertiggestellten Nord-Krim-Kanal. Nach der Annexion stoppte die Ukraine die Wasserversorgung durch den Kanal, was schwerwiegende Folgen für Landwirtschaft und Industrie auf der Halbinsel hatte und 2020 in den Städten Simferopol und Bachtschysaraj die Rationierung von Trinkwasser notwendig machte. Die Halbinsel verfügt zwar über genügend eigene Trinkwasservorräte, doch führt die vorrangige Versorgung von Industrie, Landwirtschaft und der Militärstützpunkte zu Engpässen bei der Wasserversorgung der Bevölkerung.

Die Annexion hatte auch negative Auswirkungen auf die Wirtschaft der Krim. Nachdem die Ukraine neben den Wasser- auch die Stromlieferungen auf die Halbinsel gestoppt hatte, war Russland gezwungen, eigene Kraftwerke zu bauen und neue Leitungen zu verlegen, was zusammen mit dem weiteren Ausbau der Infrastruktur die Kosten der Annexion für Russland in die Höhe trieb und die Krim noch vor dem Kaukasus zur kostspieligsten Region im russischen Machtbereich machte. Hinzu kommt, dass die westlichen Sanktionen und die Sperrung der Landwege durch die Ukraine die Preise für den Transport von Waren in die Höhe getrieben haben. Darüber hinaus betraf die Annexion auch den Tourismus auf der Krim – diejenige Branche, die traditionell eine der wichtigsten Einkommensquellen der Halbinsel darstellt. Unmittelbar vor der Annexion, in den Jahren 2010 bis 2013, hatte sich die Krim als eine der wichtigsten Destinationen für touristische Kreuzfahrten etabliert und eine hohe Zahl von ausländischen

Touristen angelockt. Nach der Annexion der Halbinsel blieben diese aus, und trotz Werbekampagnen in ganz Russland konnten russische Touristen das Ausbleiben der ausländischen Feriengäste nicht kompensieren. Zwar liegen keine genauen Zahlen vor, aber der Rückgang der Anzahl der Hotels und Feriencentren von etwa 2500 im Jahr 2013 auf 826 im Jahr 2020, der Rückgang der durchschnittlichen Feriendauer von 10 bis 14 auf sieben Ferientage und ein auch nach vorsichtiger Schätzung deutlicher Rückgang der Touristenzahlen von etwa 4 Millionen 2013 auf höchstens 2,5 Millionen 2019 machen deutlich, dass die Krim einer ihrer wichtigsten Einnahmequellen verlustig gegangen ist. Die Coronapandemie seit 2020 sowie der großangelegte Überfall auf die Ukraine 2022 führten zu einem weiteren deutlichen Rückgang der Urlauberzahlen.

Dass bei der Annexion der Krim vor allem strategische Gründe eine Rolle spielten, lässt sich an der militärischen Aufrüstung der Halbinsel seit 2014 ablesen. Mit der Annexion verfolgte Russland das Ziel, das Schwarze Meer und das Asowsche Meer militärisch kontrollieren zu können, und verlegte weitere Truppen auf die Halbinsel: Während vor der Annexion rund 12.000 russische Soldaten bei der Schwarzmeerflotte stationiert waren, waren es nach konservativer Schätzung 2019, also noch vor dem großangelegten Angriff auf die Ukraine im Februar 2022, auf der ganzen Halbinsel bereits 31.000, wobei einzelne Quellen bereits 2016 von etwa 50.000 russischen Soldaten ausgingen. Bei der Aufrüstung nutzte Russland nicht nur die bereits vorhandenen eigenen Stützpunkte der Schwarzmeerflotte, sondern auch ehemalige ukrainische Militärstandorte wie etwa die Militärflughäfen Belbek und Dschankoj (von denen Russland ab 2022 immer wieder verheerende Luftangriffe auf die Ukraine startete). Darüber hinaus wurden neue See-, Land- und Luftstützpunkte aufgebaut. Die Stationierung von atomwaffenfähigen Marschflugkörpern auf der Halbinsel ließ in der internationalen Gemeinschaft die Befürchtung aufkommen, Russland könnte bereits Atomwaffen auf der Halbinsel stationiert haben, auch wenn es hierfür bisher keine Belege gibt.

Signifikante Verschlechterung der Menschenrechtssituation nach der Annexion

Die Annexion der Krim hatte negative Folgen für die Menschenrechtssituation, die hier exemplarisch am Beispiel der Krimtataren erörtert werden sollen. Dieses Volk lebt seit Jahrhunderten auf der Halbinsel, wurde aber wie erwähnt durch Stalins Deportation nach Mittelasien seiner historischen Heimat beraubt und konnte erst in der Perestroika wieder dorthin zurückkehren. 1991 wurde die Medschlis des krimtatarischen Volkes (krimtatarisch: Qırımatar Milliy Meclisi, kurz: Medschlis) als höchstes repräsentatives Organ der Krim-

tataren gegründet, das nicht nur den kollektiven politischen Willen der Krimtataren ausdrücken, sondern deren Interessen auch gegenüber der ukrainischen Zentralregierung vertreten sollte. Vorsitzender der Medschlis war seit ihrer Gründung bis Ende 2013 Mustafa Dschemilew, der sich bereits zu Sowjetzeiten einen Namen als Menschenrechtsaktivist und Kämpfer für das Recht auf Rückkehr der Krimtataren in ihre historische Heimat gemacht hatte. Die Medschlis hatte sich bereits zu Beginn der Unruhen auf der Krim klar für den Verbleib der Halbinsel in der Ukraine ausgesprochen, wobei einzelne Aktivisten der Organisation Parallelen zwischen historischen Erfahrungen der Krimtataren mit der russischen beziehungsweise sowjetischen Zentralmacht und den erneuten russischen Annexionsbestrebungen zogen: Ebenso wie die Krimtataren in früheren Zeiten unter den Entscheidungen aus Russland (die Vertreibung von der Halbinsel während des Krimkrieges Mitte des 19. Jahrhunderts sowie die Deportation nach Mittelasien 1944) zu leiden gehabt hätten, sei auch von Russland unter Putin nichts Gutes zu erwarten. Unmittelbar nach der Annexion wurden für Dschemilew und für Refat Tschubarow, seinen Nachfolger im Amt des Medschlis-Vorsitzenden, jeweils fünfjährige Einreiseverbote für die Krim ausgesprochen; für weitere führende krimtatarische Politiker folgten andere Repressalien wie die vorübergehende Einweisung in die Psychiatrie und langjährige Haftstrafen; andere Aktivisten verschwanden nach der Festnahme spurlos. 2016 wurde die Medschlis vom Obersten Gericht der Krim zu einer extremistischen Organisation erklärt und ihre Tätigkeit auf der Halbinsel verboten. In den folgenden Jahren wurde eine Vielzahl von krimtatarischen Aktivistinnen und Aktivisten auch unter dem Vorwand islamistischer Tätigkeit angeklagt und inhaftiert.

Das populärste Medium der Krimtataren, der private Fernsehsender ATR, hatte sich im Frühjahr 2014 besonders deutlich für den Verbleib der Halbinsel in der Ukraine ausgesprochen, so dass es wenig überraschen kann, dass er dann unter dem russischen Annexionsregime keine Perspektive mehr hatte. Zwar änderte er ab März 2014 sein Programm und ging von politischen Sendungen auf solche mit primär kulturellen Inhalten über, aber dennoch geriet er schnell ins Visier der Okkupationsbehörden. Selbst der Anlass, der dann im Januar 2015 zur Schließung des Senders führte, hatte mit dem Geschehen rund um die Annexion 2014 zu tun: Der Sender wurde von der OMON, einer Abteilung der russischen Nationalgarde, gestürmt, um an die Fernsehaufnahmen einer Protestveranstaltung Ende Februar 2014 zu kommen. Vermeintlich unabhängig davon verweigerten die neuen Besatzungsbehörden dem Sender seit Herbst 2014 die für den Weiterbetrieb notwendige neue Sendelizenz, woraufhin er zum 1. April

2015 seinen Betrieb einstellen musste und dann nach Kyjiw übersiedelte, von wo aus er nun weiter als deutliche Stimme gegen die russische Annexion der Krim sendet. In einem klar erkennbaren Versuch, ATR zu ersetzen und in der Gunst des krimtatarischen Publikums zu verdrängen, gründeten die russischen Besatzungsbehörden im September 2015 den staatlichen Fernsehsender Millet («Nation»), der seitdem auf Krimtatarisch und Russisch ein pro-russisches Programm ausstrahlt. Unabhängige Medien hingegen wurden in den folgenden Jahren systematisch unterdrückt, viele Journalisten wurden unter fadenscheinigen Gründen festgenommen und sitzen bis heute in Haft (vgl. Dokumentation von Reporter ohne Grenzen auf S. 6).

Die prekäre Menschenrechtslage auf der Krim führte auch zu einer Veränderung der Bevölkerungsstruktur: Zehntausende Bewohner der Krim verließen die Halbinsel aufgrund der Annexion selbst oder in Folge von Repressionen und gingen in andere Regionen der Ukraine oder ins europäische Exil, vor allem nach Polen. Im Gegenzug förderte Moskau die Ansiedlung von der Annexion positiv gegenüber stehenden Menschen aus Russland, um somit die Bevölkerungsstruktur sowohl ethnisch als auch in Hinblick auf die Zustimmung zur Moskauer Politik zu seinen Gunsten zu ändern. Zwar liegen keine genauen Zahlen vor, doch ist von einer gezielten Ansiedlung von mehr als 100.000 Menschen aus der Russischen Föderation auf der Halbinsel auszugehen. Es gibt jedoch auch Schätzungen, die von der Flucht von mindestens 100.000 Krim-Bewohnern und der gezielten Ansiedlung von bis zu 800.000 Menschen aus Russland auf der Krim sprechen.

Als schwierig ist auch die Lage der kulturellen Rechte zu bezeichnen. Zwar sind neben Russisch auch Ukrainisch und Krimtatarisch die offiziellen Amtssprachen der Krim, aber seit der Annexion ist ein starker Rückgang der Schulbildung in diesen beiden Sprachen zu verzeichnen: Von einst rund 800 ukrainischsprachigen Schulen auf der Krim sind ganze fünf verblieben, und die Zahl der Studienplätze für Ukrainistik an der Universität von Simferopol wurde auf fünfzehn reduziert. Die Zahl der krimtatarischen Schulen sank von 384 im Jahr 2014 auf 119 im Jahr 2022. Die Verletzung kultureller Rechte der ukrainischen Bevölkerung führte neben der politischen Verfolgung und anderen Repressionen dazu, dass Zehntausende die Krim verließen und sich auf dem Festland ansiedelten.

Der großangelegte russische Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 verschärfte die Menschenrechtslage auf der Krim weiter. In den ersten neun Monaten des Jahres wurden auf der Halbinsel 138 Menschen festgenommen, unter denen die Krimtataren mit 104 Personen die mit Abstand größte Gruppe ausmachten. Hauptgrund für die Festnahmen waren die Gegnerschaft zur Annexion

der Halbinsel sowie zum Überfall auf die Ukraine. Der russische Überfall auf die Ukraine führte darüber hinaus dazu, dass Krimtataren auch außerhalb der Krim von russischen Behörden verfolgt wurden. So wurden in der angrenzenden Region Cherson, in der auch schon vor der Annexion der Krim viele Krimtataren lebten, mehrere Personen wegen Sympathien für oder Mitgliedschaft in der Medschlis festgenommen.

Die Krim seit dem großangelegten russischen Überfall auf die Ukraine im Februar 2022

Seit der Annexion 2014 hatten sich Kriegshandlungen gegen die Ukraine zunächst auf die beiden selbst proklamierten »Volksrepubliken« Donezk und Luhansk konzentriert, wobei die russische Unterstützung und de-facto-Kontrolle zwar beträchtliche Ausmaße annahm, von Moskau jedoch offiziell nie zugegeben wurde. Die Krim stand bis zum großangelegten russischen Überfall auf die Ukraine nicht im Zentrum der Aufmerksamkeit. Der Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 sowie die anschließende Annexion der beiden »Volksrepubliken« und der Regionen Saporischschja und Cherson Ende 2022 (erneut in Form von »Referenden« über den »Beitritt« zur Russischen Föderation) änderten jedoch die Bedeutung der Krim: Da die Halbinsel unter voller und die Region Cherson unter teilweise Kontrolle der russischen Besatzungsbehörden stehen, ist die Krim für Russland in militärischer Hinsicht gleich in mehrfacher Hinsicht von großer Bedeutung: Mit der Schwarzmeerflotte wurde die Ukraine von der See aus angegriffen, während der Landweg über die Brücke von Kertsch als Nachschublinie für den Krieg relevant wurde; die Militärflughäfen auf der Halbinsel wurden für die Planung sowohl von militärischen Operationen als auch für die Organisation des Nachschubs relevant.

Der Ukraine ist die enorme strategische Bedeutung der Krim für die russische Kriegsstrategie seit Beginn des Überfalls im Februar 2022 bewusst, weshalb sie auch militärische Ziele auf der Halbinsel angriff, wobei sie beträchtliche Erfolge erzielte. So wurde die Brücke von Kertsch im Oktober 2022 und im Juli 2023 zweimal das Ziel von Angriffen, wobei sie stark beschädigt und in ihrer Funktion zumindest temporär beeinträchtigt wurde. Die russische Schwarzmeerflotte wurde ebenfalls mehrfach attackiert, wobei der Ukraine mit dem Angriff auf das Hauptquartier der Flotte in Sewastopol im September 2023, dem Versenken des Flaggschiffs Moskwa im April 2022 und zuletzt des Landungsschiffs Caesar Kunikow im Februar 2024 jeweils spektakuläre Erfolge gelangen. Die Tatsache, dass die Caesar Kunikow mit Hilfe von Seedrohnen versenkt werden konnte, zeigte, wie verwundbar die russische Schwarzmeerflotte ist. Erfolgreiche Angriffe auf weitere Militärstützpunkte und strategisch wichtige Ziele (Eisen-

bahnknoten, Depots, Brücken etc.) legen nahe, dass es dem ukrainischen Militärgeheimdienst gelungen ist, auf der Krim ein Unterstützungsnetzwerk aufzubauen. Selbst wenn die ukrainischen Angriffe auf die Krim noch keine Wende im Krieg herbeiführen konnten, behindern sie die russischen Kriegsanstrengungen doch stark. So war die russische Schwarzmeerflotte gezwungen, sich teilweise in den östlichen Teil des Schwarzen Meeres zurückzuziehen, was der Ukraine ermöglicht, auch nach Auslaufen des Getreideabkommens mit Russland weiterhin über die Häfen von Odesa Getreide auf dem Seeweg zu exportieren. Inwieweit die vereinzelt militärischen Erfolge der Ukraine auf der Krim den Ausgang des Krieges gegen Russland beeinflussen werden, lässt sich nicht mit letzter Sicherheit vorhersagen, aber dass sie einen großen Einfluss haben werden, ist offenkundig.

Fazit

Die Bedeutung der russischen Annexion der Krim für die russisch-ukrainische Konfrontation kann nicht überschätzt werden; in einer Rückschau hat sie als Auftakt des seit zehn Jahren andauernden Krieges gegen die Ukraine zu gelten, der dann seine Fortsetzung in der Ausrufung der »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk und den dort geführten, zunächst regional begrenzten Krieg und seinen vorläufigen Höhepunkt im großangelegten Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 fand. Zur Rechtfertigung der Annexion hatte Russland immer wieder die vermeintliche Verletzung der Menschen- und kulturellen Rechte der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine angeführt, wobei faktenwidrig auch von einem »Verbot« der russischen Sprache gesprochen wurde. Eine Bilanz der Lage der Menschen- und der kulturellen Rechte auf der Krim nach zehn Jahren Annexion ergibt ein verheerendes Bild: Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist auf der Halbinsel mit der Annexion praktisch abgeschafft worden, und ein Engagement für die ukrainische Kultur und Sprache steht nun unter Generalverdacht. Zehntausende Menschen mussten wegen ihrer Opposition gegen die Annexion und ihres proukrainischen und prokrimtatarischen Engagements die Krim verlassen. Während kulturelle Rechte 2014 also als Vorwand für die Annexion und die Unterstützung des Separatismus erhalten mussten, hat das Annexionsregime selbst keinerlei Probleme mit der Einschränkung und Verletzung der kulturellen Rechte von Ukrainern und Krimtataren.

Der großangelegte Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 zeigte gleich in mehrfacher Hinsicht, dass im Westen geäußerte Ratschläge an die Ukraine, die Krim verloren zu geben und die Annexion zumindest hinzunehmen, in die Irre führen würden: Zum einen bewies er aufs Neue, dass Versicherungen von russischer Seite, man habe kein Interesse an einem Krieg beziehungsweise

an seiner Fortsetzung, nicht zu trauen ist. Zum anderen zeigten der Überfall und der weitere Verlauf des Krieges aber auch, wie wichtig die Krim in strategischer Hinsicht für die Sicherheit der Ukraine ist. Folgerichtig stellt die Rückkehr der Krim zur Ukraine auch das klar formu-

lierte Ziel der politischen Führung der Ukraine sowie des Großteils der ukrainischen Gesellschaft dar. Ein Ende des Krieges kann es für die Ukraine deshalb nur dort geben, wo er vor zehn Jahren mit der russischen militärischen Intervention und Annexion begonnen hat: auf der Krim.

Über den Autor:

Dr. *Sebastian Cwiklinski* ist Turkologe, Historiker und Lehrbeauftragter am Institut für Turkologie und Osmanistik der Freien Universität Berlin. Zu seinen Forschungsgebieten gehören Geschichte und Identitätspolitik in Mittel- und Osteuropa sowie in der Türkei. Zuletzt erschien: *Der regionale Blick. Medien in Tatarstan und Baschkortostan und Russlands Krieg gegen die Ukraine*. In: *Russland-Analysen Nr. 441 vom 19.10.2023, S. 13–18*.

Lesetipps

- Alan W. Fisher: *The Crimean Tatars*. Stanford: Hoover Inst. Press 1987 (= *Studies of Nationalities in the USSR*).
- Archipel Krim. Ein Multimedia-Dossier. [Dossier des Portals Dekoder. Russland und Belarus entschlüsseln]. <https://crimea.dekoder.org/de/> [13.03.2024]
- Sebastian Cwiklinski: *Krimtatarische Diskurse in der Türkei*. 2., überarbeitete Auflage Berlin: Osteuropa-Förderung 2017 (= *Studia turcologica*, Bd. 10).
- Kerstin S. Jobst: *Geschichte der Krim. Iphigenie und Putin auf Tauris*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg 2020.
- Krim Krym Qırım. Aus *Politik und Zeitgeschichte*. 6–8/2024 vom 3. Februar 2024 [kostenloser Download unter <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/krim-2024/>; 06.03.2024].
- Sarah Reinke: *Zehn Jahre unter russischer Besatzung: Menschenrechtssituation auf der Krim*. In: *Für Vielfalt. Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte* 55. Jahrgang 1/2024 Nr. 340 [<https://www.gfbv.de/de/zeitschriftfuervielfalt/340-sehnsuchtsort-krim/menschenrechtssituation-auf-der-krim/>; 14.03.2024].

ANALYSE

Die Lage im annektierten Donbas zwei Jahre nach dem 24. Februar 2022

Von Nikolaus von Twickel (Zentrum Liberale Moderne, Berlin)

DOI: 10.31205/RA.447.02

Zusammenfassung

Russlands Großinvasion der Ukraine vom 24. Februar 2022 und die Annexion der besetzten Gebiete im darauffolgenden September hat auch für den bereits seit 2014 russisch kontrollierten Donbas tiefgreifende Veränderungen gebracht. Anders als in den neubesetzten Gebieten der Oblaste Cherson und Saporischschja bedeutete die Annexion für die sogenannten Volksrepubliken Donezk (»DNR«) und Luhansk (»LNR«) das Ende der selbsterklärten »Unabhängigkeit«. Nicht nur wurden Symbole staatlicher Unabhängigkeit (»Außenministerien«) aufgelöst – die Besatzungsmacht ließ auch Schlüsselpositionen mit Personen aus Russland besetzen. Dieser »Russifizierung« fiel seit Frühjahr 2022 ein großer Teil der örtlichen Eliten zum Opfer. Die neue Phase des Krieges hat die bereits schwierige ökonomische Lage in den »Volksrepubliken« weiter verschlechtert. Die brutale Zwangsmobilisierung weiter Teile der männlichen Bevölkerung hat den Arbeitskräftemangel in den von Überalterung geprägten »Volksrepubliken« dramatisch verschärft. Angesichts dessen und der massiven Bevölkerungsverluste in den fast völlig zerstörten Städten Mariupol und Sjewjerodonezk wird Moskau nicht umhinkommen, Menschen aus anderen Landesteilen in den Donbas umzusiedeln.

Politische Neubesetzungen

Auch die »Volksrepubliken« waren im Februar 2022 eher unvorbereitet in den Krieg geschlittert. Zwar waren ihre

Anführer Denis Puschilin (Donezk) und Leonid Passetchnik (Luhansk) am 21. Februar nach Moskau geeilt, um mit Wladimir Putin die Verträge über ihre Anerken-

nung durch Russland zu unterzeichnen. Nach Beginn des Großangriffs am 24. Februar hielten sich aber die »Volksmiliz« genannten lokalen Streitkräfte vornehm zurück und warteten auf das Eintreffen regulärer russischer Truppen – ein Zeichen dafür, dass sie nicht in die Vorbereitungen eingebunden waren.

Der Kreml widmete sich im Folgenden überwiegend dem Angriff auf Kyjiw und wandte sich erst nach dessen Scheitern Ende März wieder den »Volksrepubliken« zu. Im April wurde bekannt, dass Putin seinen Donbas-Beauftragten ausgetauscht hatte: Statt Dmitry Kosak, der den Job des »Kurators« Anfang 2020 von Wladislaw Surkow übernommen hatte, war nun der erste stellvertretende Leiter der Präsidentenverwaltung Sergei Kirijenko zuständig für die Eingliederung der besetzten ukrainischen Gebiete in das russische politische System (»Machtvertikale«).

Kirijenko gilt als gut vernetzter Technokrat, der bereits 1998 kurz Premierminister unter Boris Jelzin war. Er sorgte für zahlreiche Wechsel in den Führungsetagen der »Volksrepubliken« – praktisch immer zugunsten von Kandidaten aus Russland, oft mit Beziehung zu Kirijenko. Im Juni gab es die ersten fünf Neubesetzungen, allen voran Witaly Chozenko, einem Abteilungsleiter im russischen Industrieministerium, der zum neuen »DNR«-Premierminister ernannt wurde. Mit Chozenko kam als dessen Stellvertreter Jewgeny Solnzew, ein hoher Beamter im russischen Bauministerium, der lange beim Eisenbahnkonzern RZhD gearbeitet hatte. Als Chozenko im März 2023 zum Gouverneur von Omsk ernannt wurde, rückte Solnzew zum Premier auf.

Nach weiteren Ernennungswellen russischer Beamter waren Anfang 2023 bereits 11 der 27 Top-Posten in der »DNR«, sowie immerhin neun Führungspositionen in der »LNR« in russischer Hand. Anfang 2024 waren mindestens 13 von 26 »DNR«-Kabinettsmitgliedern aus Russland, in der »LNR« waren es 8 von 21. Hinzu kommen zahlreiche Stellvertreter und Stellvertreterinnen aus Russland, die traditionell großen Einfluss ausüben, ohne im Vordergrund zu stehen. Ein typisches Beispiel ist Alexander Kostomarow, der im Juni 2022 zum Ersten Stellvertreter von Puschilins Verwaltungstab ernannt wurde. Der Funktionär der Putin-Partei Einiges Russland hatte sich einen Namen als »Killer« gemacht, der in russischen Provinzen unliebsame politische Konkurrenz ausschaltet.

Die im September 2022 orchestrierte Annexion der besetzten Gebiete wirkte sich nicht unmittelbar auf lokale Machtstrukturen aus. Vielmehr stellt sich die »Russifizierung« bzw. Säuberung der Regionalregierungen von einheimischen Kadern als Prozess dar, der im Juni 2022 begann und noch nicht abgeschlossen ist.

Posten mit Verantwortung gehen nach Russland

Aus den Ernennungen lassen sich relativ klar die Prioritäten des Kremls herauslesen: Die Ressorts Bau- und Wohnen sowie Erziehung und Bildung werden ausschließlich von aus Russland entsandten Ministern bzw. Ministerinnen geführt. Beim Bausektor liegt die Vermutung nahe, dass Moskau angesichts zu erwartender Geldströme für den Wiederaufbau wenig Vertrauen in die bisher Verantwortlichen vor Ort hatte. Und im Bildungsbereich, wo die Zeichen auf ideologische Indoktrination stehen, legt der Kreml offenbar auch Wert auf Leute ohne ukrainische Vergangenheit. So wurden im »LNR« Bildungsministerium 2022 gleich drei Russen an die Spitze gesetzt: Der aus Moskau stammende Minister Iwan Kussow sowie zwei seiner Stellvertreter.

Neben Ideologie spielen aber auch persönliche Beziehungen eine große Rolle. Die Leitung des Energieministeriums von Luhansk wurde 2022 von drei Russen übernommen, die allesamt zuvor beim staatlichen Kraftwerkskonstrukteur Atomstroyexport arbeiteten – ein deutliches Indiz für Kirijenko, der viele Jahre die Mutterfirma Rosatom leitete.

Zu »Opfern« der Annexion wurden die »Außenminister«, deren Ressorts durch Niederlassungen des russischen Außenministeriums ersetzt wurden. Interessanterweise wurde für »DNR« Außenministerin Natalia Nikonorowa eine attraktive Stelle als Senatorin im russischen Oberhaus gefunden, während ihr »LNR«-Kollege Wladislaw Deinego offenbar leer ausging.

Auch das Militär der »Volksrepubliken« wurde aufgelöst. Die beiden »Volksmiliz«-Verbände (ein Erstes Korps in Donezk und Zweites Korps in Luhansk) wurden nach Angaben des Verteidigungsministeriums in Moskau zum 31. Dezember 2022 in die russischen Streitkräfte eingegliedert. Die »Volksmilizen« waren bis zu den Generalmobilmachungen am 19. Februar 2022 aus einheimischen und russischen Freiwilligen zusammengesetzt, die von russischen Offizieren kommandiert wurden, welche allerdings nicht öffentlich auftraten.

Mächtige Sicherheitschefs abgesetzt, Repressionen bleiben

Zudem wurden die Leiter der wichtigsten Sicherheitsbehörden – Geheimdienst und Polizei – ausgetauscht. Die berüchtigten Staatssicherheitsministerien, die in den vergangenen Jahren systematisch Regimegegner verfolgt, gefoltert und erniedrigt hatten, wurden sang- und klanglos in regionale Niederlassungen des Inlandgeheimdienstes FSB umgewandelt. An deren Spitze wurden jeweils Karriereoffiziere aus Russland eingesetzt – in Donezk der aus Saratow versetzte Oleg

Bolomoschnow sowie in Luhansk Juri Plodowski aus Karatschai-Tscherkessien.

Ebenfalls abgesetzt wurden die mächtigen langjährigen »Innenminister« – Alexei Diky in Donezk und Igor Kornet in Luhansk. Diky, der sich noch im Dezember 2023 in einem [Propagandavideo](#) als Feldkommandeur feiern ließ, wurde laut [Homepage des russischen Innenministeriums](#) (nur über VPN erreichbar!) durch den aus Wolgograd stammenden Pavel Gischtschenko ersetzt. Kornet, der seit dem Putsch 2017 gegen den damaligen Machthaber Igor Plotnizki als starker Mann im Hintergrund galt, wurde bei einem Bombenattentat im Mai 2023 verletzt und seitdem nicht mehr öffentlich gesehen. Sein Nachfolger ist seit mindestens Juli der aus Sibirien stammende Polizeigeneral Alexei Kampf.

Natürlich darf nicht erwartet werden, dass damit die Repressionen in den »Volksrepubliken« in Zukunft weniger werden. Zum einen waren für die Gewaltexzesse der vergangenen Jahre hinter den Kulissen agierende bzw. unter Pseudonym auftretende FSB-Beamte verantwortlich. Zum anderen hat sich das Ausmaß der Repressionen und Menschenrechtsverletzungen seit 2022 in ganz Russland an die bis dahin in Donezk und Luhansk praktizierten Methoden angeglichen.

Die zahlreichen politischen Gefangenen bleiben in Haft und nach dem erzwungenen Abzug internationaler Missionen wie der OSZE ist Kontaktaufnahme mit ihnen praktisch unmöglich. Darunter sind so unterschiedliche Personen wie [Juri Schapowalow](#), ein Mitarbeiter des Botanischen Gartens Donezk, der 2018 wegen pro-ukrainischen Twitter-Posts festgenommen wurde, sowie der prorussische Publizist [Roman Manekin](#), der im Dezember 2020 nach Kritik an Puschilin festgenommen wurde. Auch drei Mitarbeiter der OSZE-Beobachtermission – alles ukrainische Staatsbürger – sind seit April 2022 in [Gefangenschaft](#), nachdem die lokalen Machthaber sie der Spionage bezichtigten.

Anführer bleiben mit neuem Parteibuch im Amt

Bemerkenswert ist, dass die Republikchefs Denis Puschilin und Leonid Passetschnik im Amt gelassen wurden. Dass beide keine besonders starken politischen Persönlichkeiten sind – der hölzern wirkende Geheimdienstoffizier Passetschnik macht öffentlich wenig Eindruck, Puschilin arbeitete bis 2014 als Verkäufer von Finanzpyramiden des verurteilten Betrügers Sergei Mawrodi – könnte für sie von Vorteil sein. So kann Moskau einen Anschein von Stabilität wahren, während es in den regionalen Verwaltungen mit eisernem Besen kehrt.

Eine im Dezember 2022 verabschiedete Verfassungsänderung ersetzt die Direktwahl der Republikchefs durch Parlamentsabstimmungen. [Puschilin](#) und [Passetschnik](#) ließen sich so am 23. September 2023 von

den zwei Wochen zuvor trotz Kriegsrechts neu »gewählten« Parlamenten einstimmig für weitere fünf Jahre im Amt bestätigen. Beide Abstimmungen wurden von Kreml-Funktionär Kirijenko persönlich überwacht.

Zuvor waren die russischen Systemparteien in Donezk und Luhansk eingeführt worden. Seit 2021 wurden die als »Bewegungen« firmierenden Regierungsparteien Donzekaja Respublika und Mir Luganschtschina von der Putin-Partei Einiges Russland verdrängt, der Puschilin und Passetschnik folgerichtig beitraten. Die bisherigen »Oppositionsparteien« – Freier Donbas und Wirtschaftsunion Luhansk – verschwanden von der Bildfläche.

Bei den »Wahlen« am 10. September 2023 waren nur die in der russischen Duma vertretenen fünf Parteien zugelassen – die sich aber kaum Mühe machten, vor Ort Wahlkampf zu machen. Die Ergebnisse wirken entsprechend dubios – neben klaren Siegen für Einiges Russland (78 Prozent in der »DNR«, 74,6 Prozent in der »LNR«) erhielten die übrigen vier Parteien zwischen fünf und zehn Prozent. Allerdings kamen nur je vier Parteien in beide Parlamente: In Luhansk scheiterte die pseudoliberale Partei Neue Leute (1,46 Prozent) an der fünf-Prozent-Hürde, in Donezk die Partei Gerechtes Russland (3,27 Prozent). Ko-Chef von Gerechtes Russland ist der Schriftsteller und ehemalige »DNR«-Feldkommandeur Sachar Prilepin, dem ein schlechtes Verhältnis zu Puschilin nachgesagt wird. Das könnte der Grund für das Ergebnis sein.

Die neuen »Parlamente« sind eher als Propagandainstrumente denn als Ort für politische Debatten anzusehen. Der neue »DNR«-Parlamentspräsident und ehemalige Feldkommandeur Artjem Schoga wurde im Dezember 2023 als Herold des Volkes inszeniert, der [Putin im Kreml zu einer neuerlichen Kandidatur bewegte](#).

Wirtschaftliche Entwicklungen

In den mittlerweile zehn Jahren russischer Kontrolle bzw. Besatzung war die Wirtschaft des Donbas von Deindustrialisierung und Abwanderung geprägt. Die noch 2014 dominierende Kohle- und Stahlindustrie ist massiv geschrumpft – begleitet von rosigen, aber wenig überzeugenden Versprechungen der Machthaber.

Viele Betriebe wurden schon 2017 schwer getroffen, als ihre de-facto-Enteignung durch die lokalen Machthaber dazu führte, dass die ukrainischen Eigentümer das komplette Führungspersonal abzogen. Die Aussetzung von Lohnzahlungen wegen des Nachfrage-Zusammenbruchs während der Corona-Pandemie führte zu massiven Protesten der Belegschaften, in deren Folge unrentable Betriebe geschlossen wurden. Der russische Großangriff verursachte eine neue Krise, weil die Zwangsmobilisierung großer Teile der männlichen Bevölkerung den grassierenden Arbeitskräftemangel nochmal deutlich verschärfte.

Die aus Moskau geleitete Wirtschaftspolitik der »Volksrepubliken« lässt sich in vier Phasen gliedern: Zunächst (2014 bis 2017) ließ man die großen Privatbetriebe unter ukrainischer Kontrolle weiterarbeiten und nahm sogar Steuerzahlungen an Kyjiw in Kauf. Nach einer von ukrainischer Seite initiierten Handelsblockade Anfang 2017 wurden diese Betriebe unter Zwangsverwaltung gestellt und in eine obskure Industrie-Holding überführt. Diese »Wneschtorgservis« genannte Holding wurde übereinstimmenden Berichten zufolge von Serhij Kurtuschenko kontrolliert – einem nach Russland geflohenen ukrainischen Geschäftsmann und engen Vertrauten des 2014 gestürzten ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch.

Während der bis 2021 dauernden zweiten Phase entwickelte sich Wneschtorgservis zu einem politischen Machtfaktor und stellte mit Alexander Anantschenko und Wladimir Paschkow sogar den »DNR«-Premierminister und dessen Stellvertreter. Kurtuschenko wurde in dieser Zeit offenbar ein Monopol im Kohle- und Metallhandel zwischen den »Volksrepubliken« und (von ihm kontrollierten) Betrieben in Russland zugestanden.

Pandemiebedingter Wechsel zu einem russischen »Investor«

Die dritte Phase begann, als Kurtuschenko im Zuge der von der Corona-Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise in finanzielle Nöte geriet. Nach Monaten ausbleibender Lohnzahlungen und offener Proteste der Belegschaften, wurde im Juni 2021 auf einmal Jewgeni Jurtschenko als neuer »Investor« und Großaktionär präsentiert – ein bis dahin wenig bekannter russischer Geschäftsmann aus der Telekommunikationsbranche.

Jurtschenko, der vielen als Strohhalm des Kremls galt, weil er kaum selbst über das nötige Kapital verfügte, erklärte, dass er die von Wneschtorgservis angehäuften Schulden bezahlt habe und ließ die Holding in *Südlischer Bergwerks- und Metall-Komplex* (russisches Akronym JuGMK) umbenennen und sogar eine Website veröffentlichen. Im November 2021 wurde der ehemalige Wneschtorgservis-Chef Paschkow aus der Regierung entlassen, im Juni darauf musste Anantschenko den Chefsessel räumen.

Jurtschenko behauptete im November 2022, dass er mehr als 40 Milliarden Rubel (etwa 500 Millionen Euro) in JuGMK investiert habe, fügte aber hinzu, dass die Produktion um rund 60 Prozent zurückgefahren worden sei, weil mehr als 20 Prozent der Arbeitskräfte mobilisiert worden seien. Seitdem ist Jurtschenko aber von der Bildfläche verschwunden. Sein Name wurde nicht erwähnt, als »DNR«-Premierminister Solnzew nach einer Sitzung der JuGMK-Geschäftsführung im Februar 2024 ankündigte, dass man Dank »kolossaler« Investitionen die Produktion verdoppeln wolle. Zahlen nannte Solnzew nicht.

In Phase vier – nach der Annexion und unter dem andauernden Angriffskrieg – setzt man in Moskau offenbar auf noch direktere Kontrolle: Im November 2023 wurde »DNR« Industrieminister und Vize-Premier Wladimir Ruschtschak entlassen. Der ehemalige ukrainische Beamte Ruschtschak wurde als stellvertretender Regierungschef durch Wladislaw Wassiljew ersetzt, ein langjähriger Manager des russischen Severstal-Konzerns, der zuletzt die Metallurgie-Abteilung im russischen Industrieministerium geleitet hatte – ein deutliches Zeichen dafür, dass die Moskauer Zentralregierung direkt durchgreifen will.

Schlechte Aussichten für die Kohle

Klar ist wohl, dass Moskau keine Chance mehr für die lokale Kohleindustrie sieht. In einer Art Zehnjahresplan erklärte Wassiljew Ende 2023, dass im Donbas künftig der IT-Sektor und der Bau von Drohnen gefördert werden solle. Im März 2024 sagte der russische Industrieminister Denis Manturow, dass die wirtschaftliche Integration der »neuen Regionen« (sprich: besetzte Gebiete) durch Kooperationen im Bereich Maschinenbau, Metall- und Chemieindustrie geleistet werden müsse. Den Kohlesektor erwähnte Manturow ausdrücklich nicht.

Dabei hatte »LNR«-Chef Passetschnik noch im Dezember 2022 bei seinem ersten Treffen mit Putin nach der Annexion um Subventionen für den Kohlesektor gebeten und geklagt, dass der staatlichen Holding Wostokugol wegen der Zwangsmobilisierung knapp 60 Prozent der Belegschaft fehlten, und in einer der Minen seien es gerade mal drei von eigentlich 300 Bergleuten. »LNR«-Energienminister Denis Jarosch, ein ex-Manager der russischen Stromnetzgesellschaft UPS, hatte im August 2023 angekündigt, Arbeiter aus unrentablen Minen in die wenigen profitablen zu versetzen. Defizitäre Minen sollten geschlossen werden, für die übrigen suche man private Investoren, die in deren Modernisierung investieren, sagte er – ein Hinweis darauf, dass dem russischen Staat schlicht das Geld fehlt, um die marode Industrie im Donbas zu sanieren.

Wiederaufbau als Wachstumsmotor?

Dessen ungeachtet malt der Donezker Republikchef Denis Puschilin paradiesische Visionen an die Wand. Im kriegszerstörten Mariupol erklärte er im August 2023, dass man dort einen IT-Park errichten werde – was das offizielle Portal DAN News zu einem »Silicon Valley« stilisierte.

Tatsächlich könnte der Wiederaufbau der Infrastruktur ein Wachstumsmotor sein. Um den anzukurbeln, hat Moskau im Sommer eine Sonderwirtschaftszone eingerichtet, die mehr private Investoren locken soll. Allerdings werden die höchstens einen kleinen Teil der nötigen Investitionen aufbringen. Allein für den Wiederaufbau in der »DNR« müssen laut ex-Premier Chozenko in den Jahren 2023 und 2024 mehr als 2 Trillionen

Rubel (knapp 20 Milliarden Euro) aufgewendet werden. Für die »LNR« seien es 1,5 Trillionen Rubel (15 Milliarden Euro). Statt diesen zusammengerechnet 1,75 Trillionen Rubel pro Jahr sieht der russische Haushalt für 2024 aber lediglich rund 233 Milliarden Rubel (2,31 Milliarden Euro) für den Wiederaufbau vor – und zwar in allen vier besetzten Regionen zusammen.

Zudem gibt es Anzeichen dafür, dass Gelder aus Moskau schon in falsche Taschen fließen. So ließ der FSB in Donezk im Dezember 2023 den lokalen Eisenbahnchef festnehmen, weil er Staatseigentum an Unbefugte weitergegeben haben soll. In offiziellen Medien wird derweil über den Wiederaufbau vor allem im Rahmen des »Chefstwo«-Systems berichtet. Dafür werden russische Föderationssubjekte als zuständig für kommunale Kreise der besetzten Gebiete ernannt. Dieses System suggeriert, dass die Regionen aktiv am Wiederaufbau teilnehmen – obwohl sich nur weniger als die Hälfte der mehr als 80 Föderationssubjekte beteiligen, und das bestimmt auch nicht freiwillig. Insgesamt investierten die Regionen laut Bauminister Irek Faisullin im Jahr 2023 so 115,6 Milliarden Rubel (1,15 Milliarden Euro) in den Wiederaufbau besetzter Gebiete.

Dezimierung der Bevölkerung durch Krieg

Mit der fünf Tage vor der Invasion am 19. Februar 2022 begonnenen Zwangsmobilisierung hat Putin möglichst viele Soldaten aus beiden »Volksrepubliken« rekrutiert, um die Mobilisierung der eigenen Bevölkerung möglichst lange hinauszuzögern. Offiziellen Zahlen zufolge wurden 2022 insgesamt 4.133 »DNR«-Soldaten getötet (und weitere 17.379 verwundet). Bei einer geschätzten Einwohnerzahl von 1 Million heißt das, dass binnen zehn Monaten aktiver Kampfhandlungen 4 Promille der Bevölkerung ums Leben gekommen sind. Zum Vergleich, die von Präsident Wolodymyr Selenskyj am 25. Februar 2024 genannte Zahl von 31.000 getöteten ukrainischen Soldaten entspricht einer Opferzahl von knapp 1 Promille – in einem Zeitraum von 24 Monaten.

Die Dezimierung der Bevölkerung durch den russischen Angriffskrieg verschlimmert den 2014 begonne-

nen Einwohnerrückgang. So betrug die Geburtenzahl in der »DNR« 2023 gerade mal 7.175 – deutlich weniger als 2021, als noch 7.982 Kinder geboren wurden – obwohl das Territorium der »Republik« damals – noch ohne Mariupol – deutlich kleiner war. Zum Vergleich: 2017 hatte die »DNR« noch 11.895 Geburten gemeldet.

Für einen wie auch immer gearteten Wirtschaftsaufschwung wird der Donbas aber dringend Menschen im arbeitsfähigen Alter benötigen. Ob und wie dies unter russischer Herrschaft passieren wird, ist unklar. Russland selbst leidet unter Arbeitskräftemangel und regionalen Bevölkerungsrückgängen.

Fazit

Zwei Jahre nach Beginn der russischen Vollinvasion in die Ukraine ist die Lage in den »Volksrepubliken« verzweifelter als je zuvor seit 2014. Für die Integration in das russische Staatswesen hat Moskau einen umfassenden politischen Umbau verfügt – den zweiten nach den von Putsch und Attentat erzwungenen Machtwechseln in der »LNR« 2017 und »DNR« 2018.

Solange der Donbas russisch besetzt bleibt, ist eine Rückkehr weiter Bevölkerungsteile unwahrscheinlich. Aber auch nach einer militärischen Befreiung wäre eine Wiedereingliederung in die Ukraine eine Mammutaufgabe. Unter russischer Herrschaft wurden die ukrainischen politischen und zivilgesellschaftlichen Strukturen zerschlagen und durch polizeistaatliche ersetzt. Viele der gebliebenen Eliten haben sich mit den Besatzern arrangiert und müssten in der Ukraine strafrechtliche Konsequenzen fürchten. Die von Bergbau und Schwerindustrie geprägte Wirtschaft liegt am Boden. So bleiben die Aussichten auf absehbare Zeit düster.

Wie schon zwischen 2014 und 2022 geht es dem Kreml nicht um den Donbas (geschweige denn um die »russischsprachigen« Menschen dort, die man angeblich schützen wollte), sondern um die Herrschaft möglichst über die ganze Ukraine: Dafür zahlt diese Region einen horrenden Preis.

Anmerkung des Autors:

Der Großteil der Informationen in diesem Bericht stammt aus offenen Quellen im Internet. Es ist aber ab 2022 deutlich schwerer geworden, verlässliche Daten aus den russisch besetzten Gebieten zu finden: Zum einen haben die »Volksrepubliken« ihre Geheimhaltungspolitik deutlich verschärft, zum anderen sind viele russische Internetadressen aus dem Ausland nicht mehr bzw. nur mit VPN erreichbar.

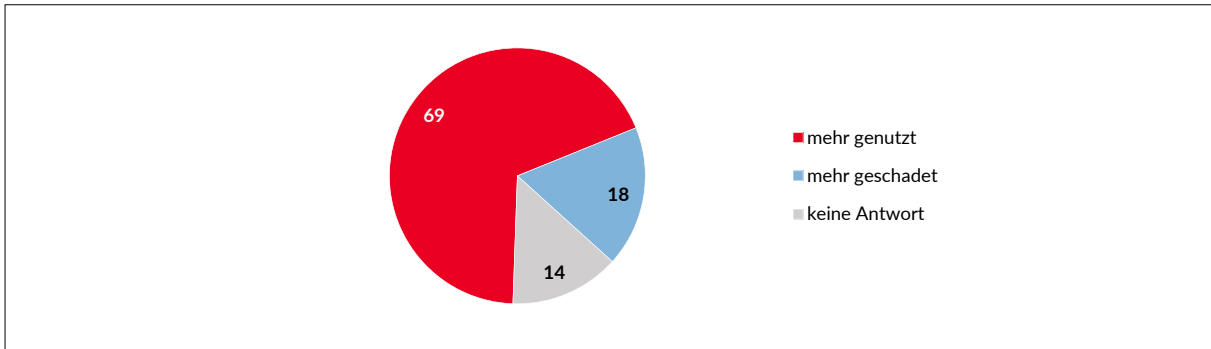
Über den Autor:

Nikolaus von Twickel ist Redakteur und Projektmanager im Zentrum Liberale Moderne. Der gelernte Journalist hat lange in Moskau gearbeitet, unter anderem bei der Deutschen Presse-Agentur. 2015/16 war er Medienverbindungsoffizier der OSZE-Beobachtermission in Donezk/Ukraine. Zwischen 2016 und 2023 schrieb er einen regelmäßigen Newsletter über die Situation in den ostukrainischen »Volksrepubliken«. 2020 erschien »Beyond Frozen Conflict«, worin er zusammen mit Thomas de Waal die schwelenden Konflikte um Russland herum behandelt.

UMFRAGEN

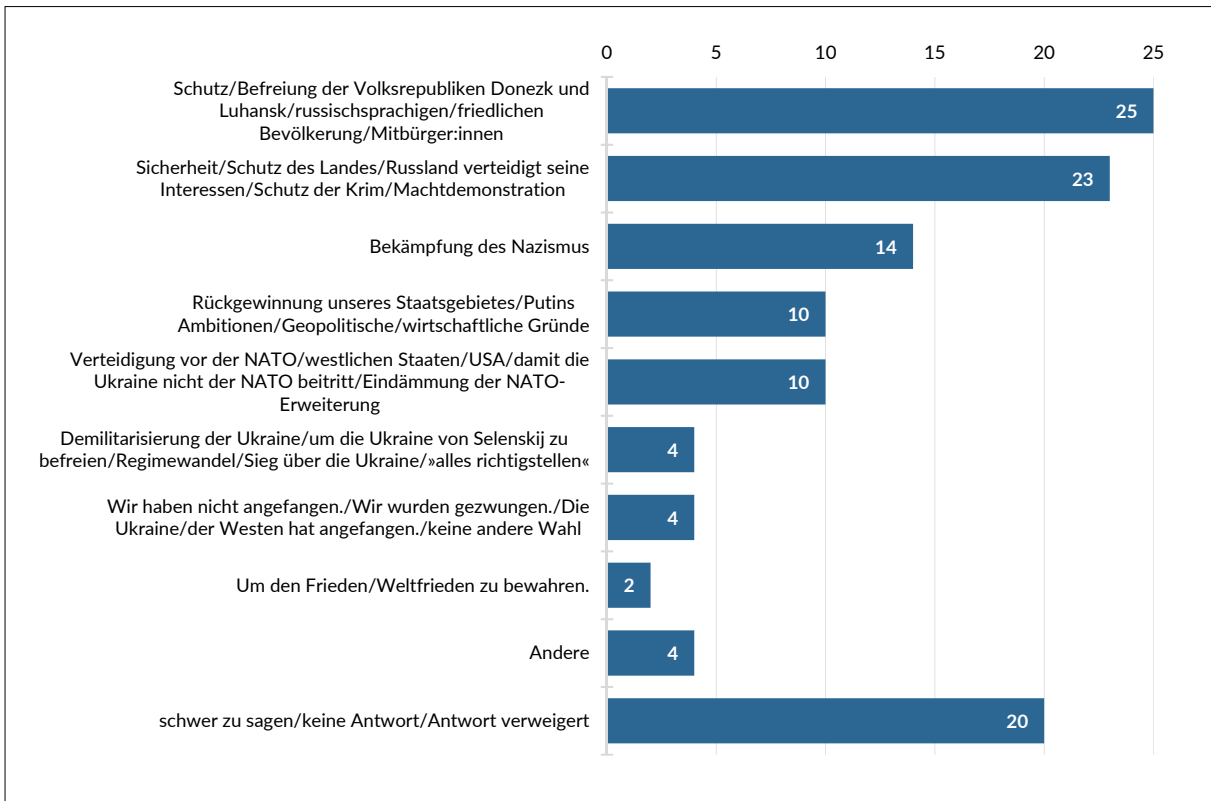
Einstellung der Bevölkerung zur Krim und dem Krieg gegen die Ukraine

Grafik 1: Was denken Sie, hat der Anschluss der Krim Russland im Großen und Ganzen mehr genutzt oder geschadet? (in %)



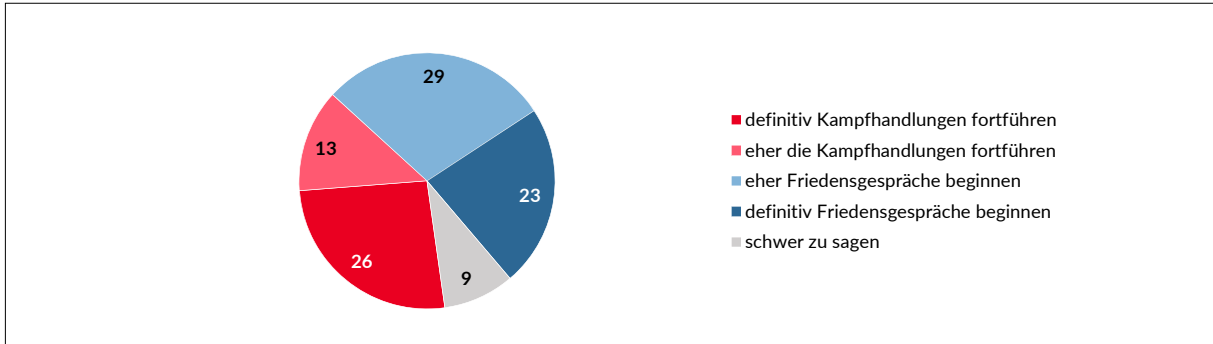
Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums »Krym« (dt. »Krim«), durchgeführt vom 25. bis 31.03.2021 unter 1.623 Respondent:innen, veröffentlicht am 26.04.2021, online über: <https://www.levada.ru/2021/04/26/krym/>.

Grafik 2: Was denken Sie, weshalb hat Russland die »Spezialoperation« in der Ukraine begonnen? (in %, offene Frage)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums »Konflikt s Ukrainoj: massovye ozenki fewralja 2024 goda« (dt.: »Der Konflikt mit der Ukraine: Massenbewertung Februar 2024«), durchgeführt vom 21. bis 28.02.2024 unter 1.601 Respondent:innen, veröffentlicht am 05.03.2024, online über: <https://www.levada.ru/2024/03/05/konflikt-s-ukrainoj-massovye-otsenki-fevralya-2024-goda/>.

Grafik 3: Was denken Sie, sollte man jetzt die Kampfhandlungen in der Ukraine fortführen oder mit Friedensgesprächen beginnen? (in % der Befragten)



Quelle: Repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums »Konflikt s Ukrainoj: massovye ozenki fewralja 2024 goda« (dt.: »Der Konflikt mit der Ukraine: Massenbewertung Februar 2024«), durchgeführt vom 21. bis 28.02.2024 unter 1.601 Respondent:innen, veröffentlicht am 05.03.2024, online über: <https://www.levada.ru/2024/03/05/konflikt-s-ukrainoj-massovye-otsenki-fevralya-2024-goda/>.

CHRONIK

14. Februar – 10. März 2024

14.02.2024	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet eine Gesetzesänderung, das russischen Behörden erlaubt, das Vermögen von Personen zu beschlagnahmen, die wegen sogenannter Diskreditierung und Verbreitung von Falschnachrichten über das Militär verurteilt wurden. Das Gesetz erlauben auch die Beschlagnahme von Geld und anderen Wertgegenständen von Personen, die der Anstiftung zu extremistischen Aktivitäten und der Forderung nach antirussischen Sanktionen für schuldig befunden wurden.
14.02.2024	Nach ukrainischen Angaben soll das russische Landungsschiff »Caesar Kunikow« vor der Küste der Halbinsel Krim zerstört worden sein.
14.02.2024	Das russische Außenministerium teilt mit, dass es die jährlichen Zahlungen an den Arktischen Rat ausgesetzt hat, bis die Arbeit des Rates vollständig unter Einbezug aller Mitgliedsländer wieder aufgenommen wird. Die USA, Kanada, Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden haben ihre Teilnahme am Arktischen Rat wegen der russischen Invasion in der Ukraine seit März 2023 ausgesetzt. Einen vollständigen Austritt Russlands aus dem Arktischen Rat schloss das Ministerium vorerst aus.
15.02.2024	Russische Vertreter, darunter der Sprecher des Präsidenten, Dmitrij Peskow, und der stellvertretende Außenminister Sergej Rjabkow, erklären US-Berichte über den Plan, eine Atomwaffe in den Weltraum zu schicken, für »böswillig«, »unbegründet« und ein Trick des Weißen Hauses, um ein ins Stocken geratenes Hilfspaket für die Ukraine zu verabschieden. Unter Berufung auf ungenannte offizielle Quellen berichteten US-Medien am Vortag, Washington gehe davon aus, dass Russland Pläne zum Einsatz einer weltraumgestützten Atomwaffe vorantreibe. Das potenzielle Ziel bestand darin, damit westliche Satelliten auszuschalten.
16.02.2024	Der Föderale Strafvollzugsdienst (FSIN) gibt den Tod von Alexej Nawalnyj in der Haftanstalt »Strafkolonie Nr. 3« bei Charp in der Polarregion bekannt. Tags darauf bestätigt seine Sprecherin Kira Jarmysch den Tod des Oppositionellen. Während der Leichnam zur Obduktion einbehalten wird, fordert die Mutter von Alexej Nawalnyj öffentlich dessen Herausgabe. In den folgenden Tagen werden landesweit über 400 Menschen festgenommen, die an unterschiedlichen Denkmälern Blumen im Gedenken an den Politiker niederlegen. Während Nawalnyjs Tod in den heimischen staatliche Medien praktisch keine Erwähnung findet, gibt es international eine große Anteilnahme westlicher Medien und Politiker:innen. In einer Erklärung auf der Münchener Sicherheitskonferenz und einer Videobotschaft macht Julia Nawalnaja Präsident Wladimir Putin persönlich für den Tod ihres Ehemannes verantwortlich zu sein und gibt bekannt, seine politische Arbeit fortführen zu wollen. Drei Tage später unterschreibt Putin ein Dekret, das den Vize-Direktor des FSIN, Walerij Bojarinew zum Generaloberst, zusammen mit weiteren Beamten, befördert.

17.02.2024	Die ostukrainische Stadt Awdijiwka fällt unter russische Besatzung; die Ukraine meldet den Rückzug aus der Stadt. Einer Erklärung des russischen Verteidigungsministeriums zufolge habe Verteidigungsminister Sergej Schoigu Präsident Wladimir Putin über die »vollständige Kontrolle« über die Stadt informiert. Awdijiwka ist seit Monaten stark umkämpft und nahezu vollständig zerstört.
19.02.2024	Die russische Kinderrechtsbeauftragte Marija Lwowa-Belowa teilt die Rückführung von elf ukrainischen Kindern in ihre Heimat mit. Die Rückführung von ukrainischen Kindern zu ihren Eltern in der Ukraine geschieht auf Grundlage eines auf Vermittlung von Katar verhandelten Plans. Die ukrainische Regierung geht davon aus, dass seit Beginn des Krieges im Februar 2022 rund 20.000 ukrainische Kinder nach Russland verschleppt wurden. Der Internationale Strafgerichtshof hatte im März 2023 Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die russische Kinderrechtsbeauftragte erlassen und wirft ihnen vor, Kinder rechtswidrig aus der Ukraine nach Russland verbracht zu haben.
19.02.2024	Die russische Wirtschaftszeitung »Wedomosti« berichtet, dass Großbanken in den Vereinigten Arabischen Emiraten aufgrund von Drohungen der USA mit sekundären Sanktionen begonnen haben, Bankkonten russischer Staatsbürger und Unternehmen zu schließen und die Abrechnungen mit Russland einzuschränken. Die USA hatten im Dezember 2023 damit gedroht, ausländischen Banken, die Geschäfte mit Unternehmen tätigen, die die russische Militärindustrie unterstützen, den Zugang zu ihrem Finanzsystem in den USA zu sperren.
20.02.2024	Das städtische Gericht im russischen Odinzowo ordnet die Unterbringung des Aktivisten Maksim Lypkan in der Psychiatrie an. Lypkan hatte im Februar 2023 eine Demonstration mit dem Titel »Das Jahr der Hölle« auf dem Moskauer Ljubjanka-Platz angemeldet, die nicht genehmigt worden war. Kurz darauf war er festgenommen worden. Ihm wird vorgeworfen, Falschnachrichten über die russische Armee verbreitet zu haben. Das Gericht folgte der Forderung der Staatsanwaltschaft und wies den heute 19-Jährigen in die Psychiatrie ein. Das Verfahren wurde eingestellt, da der Angeklagte nicht zurechnungsfähig sei.
21.02.2024	Das Moskowskij-Bezirksgericht in Sankt Petersburg ordnet an, dass die Anteile des Autohändlers »Rolf« sowie die Einkünfte seines Gründers Sergej Petrow an den russischen Staat fallen sollen. Damit wird das Unternehmen de facto verstaatlicht. Die Anteile an »Rolf« und mit dem Autohändler verbundenen Unternehmen seien unrechtmäßig unter Verstoß gegen die Antikorruptionsgesetze erworben worden. Im Dezember 2023 hatte der russische Präsident Wladimir Putin »Rolf« vorübergehend unter staatliche Leitung gestellt. Petrow, der im Exil in Österreich lebt, wird von den russischen Behörden beschuldigt, illegal Gelder ins Ausland transferiert zu haben. Dies bestreitet er.
21.02.2024	Der französische Lebensmittelhersteller »Danone« plant, seine russischen Vermögenswerte an einen Geschäftsmann zu verkaufen, der in Verbindung mit dem Chef der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, steht. Kadyrows Neffe Jakub Sakrijew ist seit Juli 2023 Leiter der russischen Tochtergesellschaft von »Danone«, nachdem der Kreml als Reaktion auf ausländische Maßnahmen gegen russische Firmen deren Beschlagnahmung angeordnet hatte. »Danone« strebt einen Verkauf an »Wamin Tatarstan LLC« an, deren Eigentümer Mintimer Mingassow ist. Er gehört ebenfalls zu den Gefolgsleuten von Kadyrow.
22.02.2024	Die russische Statistikbehörde »Rosstat« veröffentlicht Zahlen des russischen Sozialfonds, denen zufolge die Zahl der Empfänger:innen von Invalid:innenrente seit dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine von Februar 2022 bis Ende 2023 um 91.700 Menschen gestiegen ist. Die Gesamtzahl von Invaliditätsrentner:innen hat mit 2,2 Millionen Menschen ihr Maximum seit 2016 erreicht. Der Anstieg ist der höchste seit Ende des Ersten Tschetschenienkrieges im Jahr 1997. Damals hatte es 217.000 neue Empfänger:innen von Invaliditätsrente gegeben.
22.02.2024	Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 haben russische Gerichte mehr als 4.600 Soldat:innen wegen Desertion oder anderer Straftaten im Zusammenhang mit der Wehrdienstverweigerung verurteilt. Dies geht aus einem Bericht des unabhängigen russischen Online-Portals »Projekt« hervor. Demnach sei »Abwesenheit ohne offiziellen Urlaub« der am häufigsten auftretende Straftatbestand gewesen, gefolgt von der Missachtung von Befehlen eines oder einer Vorgesetzten.
23.02.2024	Die lettische Regierung verbietet die Einfuhr von Agrarprodukten und Tierfutter aus Russland und Belarus. Dieses Verbot gilt auch für aus Drittländern importierte Produkte, sofern sie in Russland oder Belarus hergestellt wurden. Ein Transit durch Lettland bleibt jedoch erlaubt. Diese Maßnahme ist ein Teil des lettischen Sanktionspakets gegen Russland und Belarus, das aufgrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine verhängt worden ist.

23.02.2024	Die Europäische Union verhängt ein weiteres Sanktionspaket gegen Russland. Es ist das 13. seit Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022. Mit den neuen Sanktionen sollen die Vermögen von rund 200 weiteren russischen Personen, Unternehmen und Einrichtungen in der EU eingefroren werden. Außerdem dürfen betroffene Personen nicht mehr in die EU einreisen und es dürfen keine Geschäfte mit ihnen gemacht werden. Auch die USA beschließen weitere Sanktionen gegen Russland. Diese betreffen mehr als 500 weitere natürliche und juristische russische Personen. Außerdem setzen die USA Organisationen mit Sitz in Kasachstan, China, Liechtenstein, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Türkei auf ihre Sanktionslisten, weil diese westliche Sanktionen gegen Russland umgangen haben. Das russische Außenministerium reagiert umgehend mit einer eigenen Sanktionsrunde gegen weitere Beamt:innen und Politiker:innen der Europäischen Union, die ab sofort nicht mehr nach Russland einreisen dürfen.
24.02.2024	Die unabhängige russische Menschenrechtsorganisation »OWD Info« meldet 52 Festnahmen in neun Städten, in denen Menschen Blumen niedergelegt haben, um dem toten Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj oder dem Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zwei Jahre zuvor zu gedenken.
24.02.2024	Die Pressesprecherin des verstorbenen russischen Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj, Kira Jarmysch, teilt mit, dass seiner Mutter sein Leichnam übergeben worden sei. Aleksej Nawalnyj war am 16. Februar 2024 in einem Straflager am Polarkreis verstorben. Die Behörden gaben an, Nawalnyjs Tod sei auf natürliche Ursachen zurückzuführen. Die späte Herausgabe des Leichnams begründeten die Behörden mit für die Ermittlungen zur Todesursache notwendigen Untersuchungen.
24.02.2024	Nach Berechnungen der unabhängigen Medien »Meduza« und »Mediazona«, die sich auf Daten der Statistikbehörde »Rosstat«, des Erbschaftsregisters (RND) und Informationen aus veröffentlichten Todesanzeigen stützen, wurden in dem Zeitraum vom 24.02.2022 bis zum 01.01.2024 rund 75.000 russische Militärangehörige im Krieg in der Ukraine getötet.
26.02.2024	Die staatliche russische Nachrichtenagentur »Tass« berichtet, dass der russische Oligarch Jurij Antipow und seine Frau festgenommen worden seien. Sie werden verdächtigt, Vermögenswerte in »unfreundliche« Länder übertragen zu haben. Da die Produktionsstätten Antipows eng mit dem russischen Verteidigungsministerium zusammenarbeiteten, sei dies geschehen, um den nationalen Interessen und der Sicherheit Russlands zu schaden. Außerdem beschlagnahmten die Behörden drei Fabriken des Elektrometallurgiewerks Antipows in Tscheljabinsk. Begründet wurde dieser Schritt damit, dass sie in den 1990er Jahren auf illegalem Weg privatisiert worden seien. Antipow bestreitet die Vorwürfe.
27.02.2024	Das russische Wirtschaftsmagazin »RBK« berichtet, dass Russland ab dem 01. März 2024 einen sechsmonatigen Exportstopp für Benzin verhängen wird, um die steigende Inlandsnachfrage zu decken. Der stellvertretende russische Premierminister Aleksandr Nowak erwarte eine steigende Nachfrage aufgrund von Urlaubsreisen, landwirtschaftlicher Tätigkeit sowie geplanten Reparaturen in Ölraffinerien. Russland hatte bereits von September bis November 2023 seine Benzin- und Dieselexporte gedrosselt, ausgenommen waren damals die Länder der Eurasischen Wirtschaftsunion.
27.02.2024	Der Mitbegründer der russischen Menschenrechtsorganisation »Memorial«, Oleg Orlow, wird zu zweieinhalb Jahren Haft wegen »Diskreditierung der Armee« verurteilt. Er hatte im November 2022 in einem in Frankreich erschienen Artikel den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine verurteilt. Orlow nutzte sein Schlusswort vor Gericht, um die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in Russland anzuprangern.
28.02.2024	Die Witwe des verstorbenen russischen Oppositionellen Aleksej Nawalnyj, Julija Nawalnaja, hält eine Rede vor dem EU-Parlament. Darin äußert sie ihre Sorge, dass es anlässlich der Beerdigung ihres Ehemannes zwei Tage später in Moskau zu Verhaftungen kommen könnte. Ihr Mann sei während seiner Haft gequält und von der Außenwelt isoliert worden, dafür sei der russische Präsident Wladimir Putin verantwortlich. Sie forderte die EU-Parlamentarier:innen auf, stärker und mit anderen Mitteln gegen ihn vorzugehen. Putins Umfeld müsse ins Visier genommen werden. Sie kündigte außerdem an, die Arbeit ihres Mannes fortsetzen zu wollen.
28.02.2024	Die Zahl der Strafverfahren gegen sogenannte »ausländische Agent:innen« in Russland hat sich im vergangenen Jahr im Vergleich zu den beiden Vorjahren mehr als verdoppelt. Das berichtet das unabhängige russische Investigativmedium »Wjorstka«. Laut »Wjorstka« laufen derzeit gegen 86 der 406 als »ausländische Agent:innen« eingestuft Personen Strafverfahren, im Vergleich mit 38 Strafverfahren bei 209 »ausländischen Agent:innen« im Jahr 2022.
29.02.2024	Der russische Präsident Wladimir Putin hält eine Rede zur Lage der Nation. Darin rechtfertigt er erneut den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und warnt westliche Länder vor dem Einsatz von Bodentruppen. Putin dankte den russischen Bürger:innen und Unternehmen für die Unterstützung bei der sogenannten »militärischen Spezialoperation« in der Ukraine und forderte Privatleute zu Spenden auf. Auf Kritik am Krieg ging er nicht ein.

01.03.2024	Der im Straflager verstorbene russische Oppositionelle Aleksej Nawalnyj wird in Moskau beigesetzt. Zum Trauergottesdienst im Bezirk Marijno und zur anschließenden Beisetzung auf dem Borissowskij-Friedhof kommen Tausende Menschen. Auch ausländische Diplomaten westlicher Staaten sowie die nicht zur Präsidentschaftswahl am 15. – 17. März zugelassenen Bewerber:innen Boris Nadeshdin und Jekaterina Dunzowa sind vor Ort. Landesweit gibt es zahlreiche Traueraktionen. Die unabhängige Menschenrechtsorganisation »OWD-Info« zählt mehr als 100 Festnahmen in 20 Städten. Auch Tage später legen Menschen weiterhin Blumen am Grab des Verstorbenen nieder.
01.03.2024	Aufgrund des Beschlusses der USA vom Dezember 2023, Unternehmen aus Drittländern, die gegen westliche Sanktionen gegen Russland verstoßen, ebenfalls mit Sanktionen zu belegen, beginnen nun auch Banken in Hongkong, Transaktionen mit Russland einzufrieren. Zahlungen aus Russland werden seit Ende Februar 2024 nicht mehr angenommen. Nach Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine im Februar 2022 hatten viele russische Unternehmer:innen Filialen in Hongkong eröffnet, um über diesen Weg ihre Außenhandelsaktivitäten fortzusetzen. Sanktionen westlicher Länder konnten so umgangen werden. Seit Jahresbeginn reagieren Kreditinstitute unterschiedlicher Staaten auf die Drohung der USA; auch Finanztransaktionen in die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und nach China sind erschwert oder gar nicht mehr möglich.
02.03.2024	Das deutsche Verteidigungsministerium bestätigt, dass ein geheimes Gespräch von Luftwaffen-Offizieren zum Thema »Taurus« abgehört worden sei. Die Chefredakteurin des staatlichen russischen Fernsehsenders »Rossija Segodnja«, Margarita Simonjans, hatte tags zuvor in ihrem »Telegram«-Kanal einen 38-minütigen Mitschnitt veröffentlicht, in dem deutsche Offiziere über den mögliche Einsatz von in Deutschland hergestellten »Taurus«-Raketen durch die Ukraine diskutieren. Nach Angaben Simonjans habe das Gespräch zwischen dem Luftwaffenchef Ingo Gerhartz und drei weiteren Offizieren bereits am 19. Februar stattgefunden.
04.03.2024	Der am 21. Februar 2024 offiziell von der Präsidentschaftswahl im März ausgeschlossene Bewerber Boris Nadeshdin scheidet mit seiner Klage beim Obersten Gerichtshof Russlands. Er hatte die Entscheidung der Zentralen Wahlkommission angefochten, die ihn wegen zu vieler ungültiger Unterschriften nicht zugelassen hatte. Nadeshdin hatte rund 105.000 Unterstützer:innenunterschriften für die Zulassung zur Wahl eingereicht, laut Wahlkommission waren jedoch mehr als fünf Prozent ungültig. Nadeshdin, der öffentlich den Krieg gegen die Ukraine verurteilt hatte, kündigte an, Beschwerde einlegen zu wollen.
05.03.2024	Auf eine Anfrage des stellvertretenden Vorsitzenden der russischen Oppositionspartei »Jabloko«, Boris Wischnewskij, teilt die russische Präsidialverwaltung mit, dass die für den Kriegseinsatz in der Ukraine eingezogenen Mobilisierten bis Kriegsende nicht nach Hause zurückkehren dürften. Für eine Beendigung der Mobilisierung bedürfe es andernfalls eines Dekrets des Präsidenten Wladimir Putin. Während der Mobilisierung im September und Oktober 2022 wurden 302.503 Menschen zur Armee eingezogen, das Durchschnittsalter der Reservist:innen betrug 35 Jahre.
06.03.2024	Seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine im Februar 2022 sind insgesamt 180 russische Unternehmen verstaatlicht worden. Dies berichten die »Novaya Gazeta Europe« und »Transparency International Russland« in einer gemeinsamen Studie. Die Gesamtaktiva der betroffenen Unternehmen beliefen sich auf 1,04 Billionen Rubel (etwa 10,4 Milliarden Euro), was etwa 0,6 Prozent des russischen BIP entspricht. Laut der Studie betraf die Verstaatlichung in der Hauptsache Unternehmen, die Militärprodukte herstellen, sowie die Vermögenswerte ausgewanderter russischer Geschäftsleute.
05.03.2024	Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag erlässt Haftbefehle gegen den Kommandeur der russischen Schwarzmeerflotte, Wiktor Sokolow, und den Kommandeur der russischen Langstreckenluftwaffe, Sergej Kobylasch. Begründet wurde diese Entscheidung damit, dass es Grund zur Annahme gäbe, dass beide für Raketenangriffe verantwortlich seien, die zwischen dem 10. Oktober 2022 und dem 09. März 2023 auf die ukrainische Strominfrastruktur verübt worden seien. Die Angeklagten werden verdächtigt, gezielt zivile Ziele anzugreifen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu begehen.
07.03.2024	Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen in Russland ist in den ersten beiden Monaten des Jahres 2024 um fast 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum angestiegen. Berichten der russischen Tageszeitung »Kommersant« zufolge meldeten im Januar 571 Unternehmen Insolvenz an, im Februar waren es 771. Bis 2023 war die Zahl der Insolvenzen rückläufig. Im Jahr 2021 betrug sie noch 10.306 Fälle, 2023 waren es nur 7.400.
07.03.2024	Das unabhängige russische Online-Magazin »Fontanka« berichtet, dass die Vermögenswerte des am 21. Februar 2024 verstaatlichten Automobilhändlers »Rolf« an den Präsidenten des internationalen Amateurboxverbands IBA, Umar Kremlow, übertragen werden. Der Gründer des Unternehmens, Sergej Petrow, lebt zurzeit im Ausland. Gegen ihn wird wegen Veruntreuung ermittelt. Er bestreitet die Vorwürfe.

07.03.2024	Mitarbeiter:innen größerer staatlicher Öl- und Gaskonzerne wie Gazprom sowie dessen Tochterunternehmen wurden unter Androhung von Sanktionen aufgefordert, zu den anstehenden Präsidentschaftswahlen zu erscheinen, dort für den amtierenden Präsidenten Wladimir Putin zu stimmen und anschließend dem Management Bericht zu erstatten. Die Pressedienste der betroffenen Unternehmen bestätigten diese Meldungen bisher nicht. Die Präsidentschaftsverwaltung hat außerdem angeordnet, dass Mitglieder der Regierungspartei »Jedinaja Rossija« mindestens zehn Personen und Staatsangestellte mindestens zwei Personen zur Wahl mitbringen müssen. Mit diesen Maßnahmen soll eine hohe Wahlbeteiligung gewährleistet werden.
07.03.2024	Die russische Statistikbehörde »Rosstat« gibt bekannt, dass Ende 2023 9,3 Prozent aller Russ:innen (etwa 13,5 Millionen Menschen) unterhalb der offiziellen Armutsgrenze lebten. Damit erreichte die Regierung auch im sechsten Jahr der Amtszeit des amtierenden Präsidenten Wladimir Putin ihr selbst gestecktes Ziel der Halbierung der Armut seit 2018 nicht. Sie hatte 2018 versprochen, den Bevölkerungsrückgang zu stoppen und die Zahl der Armen auf 6,6 Prozent zu senken. In seiner Regierungserklärung am 29. Februar 2024 legte Putin das Ziel nun auf 7 Prozent bis 2030 fest.
07.03.2024	Schweden ist offiziell 32. Mitglied der NATO. Nach Russlands Großinvasion in die Ukraine 2022 gab Schweden seine Bündnisneutralität auf und beantragte ebenso wie Finnland den NATO-Beitritt.
10.03.2024	Medienberichten zufolge ist der Oberbefehlshaber der russischen Marine, Nikolaj Jewmenow, entlassen worden. Jewmenow war seit 2019 Oberbefehlshaber, zuvor hatte er die Nordflotte und die U-Boot-Streikkkräfte der Pazifikflotte befehligt. Der Führungswechsel geschieht vor dem Hintergrund einer Reihe schwerer Verluste innerhalb der Schwarzmeerflotte. Diese verlor seit Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine etwa ein Drittel ihrer Kampfkraft, allein im Februar 2024 wurden zwei Schiffe zerstört. Jewmenows Nachfolger wird Aleksandr Moisejew.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Alena Schwarz

Sie können die gesamte Chronik seit 2003 (zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992) auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
 Deutsches Polen-Institut
 Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
 Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)
 Chronik: Alena Schwarz, Anastasia Stoll
 Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
 PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
 Prof. Dr. Alexander Libman, Freie Universität Berlin
 Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
 Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
 Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2024 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
 Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
 e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



LÄNDER-ANALYSEN



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Die Belarus-Analysen erscheinen fünf bis sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause an jedem ersten und dritten Mittwoch im Monat.
Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Die Russland-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen erscheinen mit Ausnahme einer Sommerpause ein bis zwei Mal pro Monat.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Ukrainian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich
Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/uad.html>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen erscheinen sechs Mal pro Jahr.
Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>